

Stadtverordnetenversammlung
Wittstock/Dosse

Sitzungsvorlage für:
Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsdatum: 24.11.2021

Tagesordnungspunkt	17.
Beschluss-Nr.	201-2021-SVV
Öffentlich	<input checked="" type="checkbox"/>
Nichtöffentlich	<input type="checkbox"/>
Bekanntmachung ja	
Bekanntmachung nein	

Fachbereich

Amt für Stadtentwicklung

Beratungsfolge	Sitzungs-termin	TOP	Anwesende		Empfehlung			
			Soll	Ist	Gemäß Beschluss-vorschlag	mit Änderungen	Ablehnung	Zurück-stellung
Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Bauausschuss	28.10.2021	8.	5	4	X			

Anwesende					Abstimmungsergebnis			
	Sitzungs-termin	TOP	Soll	Ist	Ja	Nein	Enthaltung	Abstimmungsart
Hauptausschuss	03.11.2021	13.	6	6	6			Gemäß Beschluss-vorschlag

Beschlussentwurf

9. Änderung Nr. 04/2021 - Flächennutzungsplan der Stadt Wittstock für das Teilgebiet „Ringstraße/Wiesenstraße“

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Wittstock/Dosse beschließen:

1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Bereich wird nach § 2 Abs. 1 BauGB der Flächennutzungsplan Wittstock/Dosse für das Teilgebiet „Ringstraße/Wiesenstraße“ geändert.
2. Auf eine gesonderte vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zur Darlegung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung wird aufgrund des § 3 Abs. 1 Satz 3 BauGB verzichtet. Die Unterrichtung und Erörterung wird in Verbindung mit dem Verfahren der Aufstellung des Bebauungsplans "Ringstraße/Wiesenstraße Süd" gekoppelt und mit einer jeweils anschließenden 14tägigen öffentlichen Auslegung der Plankonzepte erfolgen.

Der o.g. Beschluss wird wie folgt neu gefasst:

(Änderung/Streichung/Zusatz zum Beschlussvorschlag) nichtzutreffendes streichen

Beschlussfassung wie Vorschlag/Änderungen (nichtzutreffendes streichen)

Anwesende	18	Anmerkung: Auf Grund des § 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) waren _____ Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.
Ja-Stimmen	18	
Nein-Stimmen		
Enthaltungen		

gezeichnet
Der Vorsitzende

gezeichnet
Der Bürgermeister

Siegel (Siegel)

Rechtsgrundlagen:

Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19 S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GVBl. I/21, [Nr. 21])

Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)

Finanzielle Auswirkungen

	Einnahmen		Mittel stehen zur Verfügung
	Keine haushaltsmäßige Berührung		Mittel stehen nicht zur Verfügung
zur Kenntnis genommen:			

Stadtkämmerei

Sachverhalt:

Beschluss-Nr. 201-2021-SVV

1. Anlass zur Änderung des Flächennutzungsplanes

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans "Ringstraße/Wiesenstraße Süd" soll entsprechend der Ziele und Zwecke für die Zulässigkeit der künftigen Vorhaben die Baugebietsfestsetzung nach § 4 BauNVO "Allgemeines Wohngebiet" erfolgen. Der wirksame Flächennutzungsplan weist diese Flächen gegenwärtig teilweise als "Wohnbaufläche" und als Grünfläche aus.

Gemäß § 8 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln bzw. kann der Flächennutzungsplan auch mit der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung eines Bebauungsplanes gleichzeitig aufgestellt, geändert oder ergänzt werden (Parallelverfahren).

2. Ziel und Zweck der Planung

Durch die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes soll der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung und der sich daraus ergebenden Art der Bodennutzung der vorhersehbaren Bedürfnisse der Stadt Rechnung getragen werden. D.h., die beabsichtigte Entwicklung für Wohnbauflächen soll über den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 04/3.1/93 „Wiesenstraße Süd“ hinausgehend und durch Rücknahme der Grünflächendarstellung an den ehemaligen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 04/3.3/93 „Ringstraße“ unmittelbar anschließend dargestellt werden.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren soll die Voraussetzung geschaffen werden, dass der Bebauungsplan Nr. 02/2018 "Ringstraße/Wiesenstraße Süd" gemäß dem Planungsgrundsatz nach § 8 Abs 2 BauGB als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt und aufgestellt werden kann.